ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Erhard, Ludwig; Lenel, Hans Otto; Schiller, Karl; Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Soziale Marktwirtschaft heute

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Erhard, Ludwig; Lenel, Hans Otto; Schiller, Karl; Ortlieb, Heinz-Dietrich (1971) : Soziale Marktwirtschaft heute, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 12, pp. 627-638

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134338

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Soziale Marktwirtschaft heute

Kritiker der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik bezweifeln, daß wir heute noch eine Soziale Marktwirtschaft haben, oder befürchten zumindest eine Abkehr von ihrem ursprünglichen Leitbild. Sind diese Befürchtungen berechtigt?

Haben wir noch eine Soziale Marktwirtschaft?

Ludwig Erhard, Bonn

Um die mir gestellte Frage „Haben wir noch eine Soziale Marktwirtschaft?" vorweg zu beantworten, möchte ich sagen, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine Soziale Marktwirtschaft nach wie vor fortbesteht. Das schließt nicht aus, daß Ihre Existenz immer mehr bedroht und in Frage gestellt wird. Leider stehen dahinter nicht nur Kräfte, deren ordnungspolitisches Leitbild ein dirigistisch-kollektivistisches Wirtschaftssystem sozialistischer Prägung ist. Auch die heute Regierenden, die – vielleicht unbewußt – durch nicht marktwirtschaftskonforme Eingriffe die Soziale Marktwirtschaft immer mehr aushöhlen, schaffen damit Bedingungen, die aus der Logik der Datenkonstellation fast zwangsläufig zu einem dirigistischen Wirtschaftssystem führen müssen.

Rückfall in überlebte Denkkategorien

Während bis Mitte der 60er Jahre eine weitgehende Liberalisierung Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik war, die mit einem bis dahin noch nicht gekannten allgemeinen Wohlstand einherging, wird heute das liberale marktwirtschaftliche Leitbild vor allem in den Kreisen, die sich für „modern" und fortschrittlich halten, zugunsten eines kollektivistischen Wirtschaftssystems immer mehr zu verleugnen versucht. Obwohl ein seichter Pragmatismus am Werk ist, Gegensätze zu verdecken und Konflikte zu unterdrücken, muß um so mehr verdeutlicht werden, daß es zwischen einem liberalen und einem dirigistischen Wirtschaftssystem keine Kompromisse geben kann.

Idealtypisch lassen sich diese etwa folgendermaßen gegeneinander abgrenzen: Oberste Maxime einer liberalen Wirtschaftsordnung ist die Freiheit des einzelnen; sie geht daher von der Existenz von Individuen und

individuellen Bedürfnissen aus. Das organisatorische Problem ist daher auf solche Weise zu lösen, daß die Wünsche der Individuen optimal befriedigt werden. Diese aber lassen sich nicht auf eine gemeinsame Formel bringen, da die Interessen, Lebensvorstellungen und Bedürfnisse sehr mannigfaltig und nicht zuletzt auch gegensätzlicher Art sind. Die einzelnen Wirtschaftssubjekte stellen ihre Wirtschaftspläne selbständig und nach eigenen Vorstellungen auf. Sie bewegen sich im Markte als freie, unabhängige Bürger. Der Leistungsaustausch erfolgt aufgrund freier Vereinbarungen. Der Staat greift nicht regulierend in die Pläne der Unternehmen und privaten Haushalte ein, sondern setzt lediglich den Ordnungsrahmen, innerhalb dessen sich der private Güter- und Faktoraustausch zu vollziehen hat.

Oberstes Leitprinzip einer kollektivistischen Wirtschaftsordnung ist dagegen wider jedes Naturgesetz die „Gleichheit" der Bürger, die Gleichmacherei. Der einzelne wird hier lediglich als Teil des Kollektivs gesehen, und darum obliegt diesem, nicht dem Individuum, die Aufgabe des Wirtschaftens. Der Ablauf des Produktionsprozesses und der Wirtschaft ist hier also nicht die Folge der Interaktion der Einzelpläne, sondern das Resultat eines staatlichen Wirtschaftsplanes. Produktion und Konsum werden mit Vorrang gesellschaftlicher Charakter zuerkannt, mit der Wirkung, daß die Wirtschaftssubjekte zu Objekten des Zentralplanes werden. Privateigentum verliert die Daseinsberechtigung, denn alles soll dann dem Kollektiv, d. h. letzten Endes dem Staat gehören.

Politische und wirtschaftliche Freiheit lassen sich nicht trennen

Obwohl in diesem vereinfacht dargestellten Modell, wie seine Verkünder zu behaupten nicht müde werden, Unterdrückung, Ausbeutung und Repression nicht mehr existieren, hat vor allem F. A. Hayek gezeigt, daß die zentrale Lenkung des gesamten Produktionsapparates letzten Endes logisch zur totalitären politischen Herrschaft führen muß. Er hat nachgewiesen, daß die Brutalität der verschiedenen totalitären Systeme nicht in ihren spezifischen Zielen begründet lag, sondern in dem Versuch, eine ganze Gesellschaft bestimmten Zielen zu unterwerfen. Die Erfahrung mit totalitären Systemen müßte hinreichend gezeigt haben, daß der Gegensatz zwischen einer freiheitlichen Ordnung, in der der einzelne innerhalb des vorgegebenen Ordnungsrahmens sein Wissen und Können in der Verfolgung seiner selbstgewählten Ziele verwenden darf, und einem System, unter dem alle den von der Obrigkeit festgesetzten Zielen untertan sind, aus moralischen und ökonomischen Gründen unüberbrückbar ist.

So lassen sich auch politische und wirtschaftliche Freiheit nicht voneinander trennen. Die politische Freiheit des einzelnen wird nicht dadurch gemehrt und verstärkt, daß seine wirtschaftliche Freiheit willkürlich auf ein Minimum reduziert wird. Dieser Interdependenz sollten sich alle die bewußt sein, die das Heil in einem kollektivistisch-sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem marxistischer Provenienz suchen.

Gefährdung durch die gegenwärtige Wirtschaftspolitik

Ich stimme der von Hans Otto Lenel im diesjährigen ORDO-Band veröffentlichten Kritik an der „aufgeklärten" Marktwirtschaft im wesentlichen zu. Dieser Begriff ist sozusagen aus sich selbst heraus unglaubwürdig und nicht mehr verwendungsfähig geworden. Irren ist zwar menschlich; der frevelhafte Hochmut aber, über fast göttliche Weisheit und Voraussicht zu verfügen, konnte nur mit einem Fiasko enden. Meine eigene Besorgnis um das Fortbestehen und den weiteren Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft möchte ich aber doch etwas genereller formulieren: Sie findet vor allem ihre Begründung in drei zu beobachtenden Erscheinungen:

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Professor Dr. Ludwig Erhard, 74, Mitglied des Bundestages, dem er seit 1. 9. 49 angehört, war von 1949 bis 1963 Bundeswirtschaftsminister und von 1963 bis 1966 Bundeskanzler der BRD.

Professor Dr. Hans Otto Lenel, 54, ist ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mainz.

Professor Dr. Karl Schiller, 60, Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, lehrte, bevor er als Wirtschaftsminister 1966 in die Große Koalition eintrat, als ordentlicher Professor an der Universität Hamburg.

Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, 61, ist Direktor des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg und zugleich Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Zunahme kollektivistischer Gedanken

In einem Entwicklungsprozeß, der das Leben immer risikoloser und planmäßiger gestalten möchte, läßt sich die Gefahr nicht übersehen, daß eine aktive Wirtschaftspolitik die Marktwirtschaft immer weniger an Ordnungsvorstellungen ausrichten, als nach vorgefaßten politischen Plänen manipulieren will. Es ist deshalb keine echte Marktwirtschaft denkbar, die dem Staat erlaubt, die ökonomischen Daten willkürlich und kurzfristig nach ideologischen oder parteipolitischen Vorstellungen zu verändern. Ohne den Mechanismus der Marktwirtschaft selbst zu beeinträchtigen, können auf solche Weise Entwicklungen angestoßen werden, die mit dem Geist einer freien Gesellschaft nicht mehr zu vereinbaren sind.

Man denke z. B. an die Steuerpolitik, hinsichtlich deren künftiger Ausgestaltung heute auch in Deutschland zunehmend kollektivistische Gedanken zur Geltung drängen: Eine immer mehr zugespitzte Erhöhung der Einkommensteuer zu Lasten Höherverdienender, eine drastische Erhöhung der Grund-, Vermögen- und Erbschaftsteuer, wie sie etwa auf dem letzten SPD-Parteitag beschlossen worden sind, mögen vordergründig zwar als sozialer Fortschritt dargestellt werden. Um so mehr aber ist zu befürchten, daß sie eine grundsätzliche Umstrukturierung unserer Gesellschaftsordnung einleiten sollen. Es wird sorgfältig zu beobachten sein, daß wir nicht über viele kleine Schritte oder sog. systemüberwindende Reformen in eine sozialistische Gesellschaft sogar extremer Art einmünden.

Ständige Inflationierung

Wie bereits in anderen Ländern sind glücklicherweise auch bei uns Zeichen und Ansätze einer Desillusionierung erkennbar, dem Fluch einer fortschreitenden Inflationierung entrinnen zu wollen. Es gilt daher, die

SCHOELLER-BLECKMANN, Stahlwerke AG, Wien/Österreich

Geister wachzurütteln und aufzuzeigen, daß wir die Freiheit verspielen und unentrinnbar in die Fänge des Kollektivismus geraten, wenn wir dem inflationistischen Übel nicht geschlossen und entschlossen Einhalt gebieten.

Der immer stärker wahrzunehmende Hang und Drang breiter Bevölkerungsschichten nach Schutz in kollektiver Sicherheit ist freiheitlich gesinnten Menschen gewiß nicht angeboren, sondern wesentlich Folge einer Entwicklung, die besonders mittelständische Existenzen und freiberufliche Tätige fragen und daran zweifeln läßt, ob angesichts des Geldwertschwundes ihre Lebensarbeit und -leistung zu einer eigenverantwortlichen Daseinsfürsorge ausreichen, wenn das Sparen nicht mehr lohnt. Wenn auch heute trotz einer gesamtwirtschaftlichen Preissteigerungsrate von 7,3 % im Jahr 1970 und 7,2 % im ersten Halbjahr 1971 die private Spartätigkeit unerwartet stark zugenommen hat, so nicht etwa, weil der einzelne mehr Vertrauen zur Stabilität des Geldwerts gewonnen hat. In dieser unsicheren Zeit haben offenbar viele das Bedürfnis, frei über zurückgelegtes Geld zu verfügen – sei es aus Angst vor der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung oder aus mangelndem Vertrauen zu der heutigen Wirtschaftspolitik.

Langfristig muß aber bei ständiger Inflationierung dennoch mit einem Rückgang der Spartätigkeit gerechnet werden. Unter Berücksichtigung der Einkommens- und Vermögensbesteuerung, in Verbindung mit einem hohen Geldwertschwund, dem ja nicht nur die Zinserträge, sondern auch das Kapital selbst unterliegen, kann es gar nicht ausbleiben, daß der Spar-, aber auch der Leistungswille Schaden leiden. Auf diese Weise aber treiben wir der Auflösung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu.

Mag da und dort auch noch der Glaube vorherrschen, es stünden dennoch Auswege offen, dann sollte in der Zwischenzeit die Wirklichkeit alle eines Besseren belehrt haben. Und selbst wenn es wahr wäre, daß durch

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Christian Uhlig

ENTWICKLUNGSHILFEPOLITIK

Analyse der Konzeption westlicher Geberländer

Ein kritischer Vergleich der Entwicklungshilfepolitik westlicher Geberländer lag bisher nicht vor. Mit der vorliegenden Studie wird nun diese Informationslücke zum ersten Mal geschlossen. Der Verfasser untersucht im Rahmen einer vergleichenden Analyse die Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA und prüft sie auf ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Nicht zuletzt wegen des umfangreichen Quellenmaterials, das in dieser Studie berücksichtigt wurde, ist sie als Handbuch ebenso geeignet wie als wissenschaftlich fundierte Analyse.

Großoktav, 312 Seiten, 1971, brosch. 44,— DM

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Inflation der technische Fortschritt zu beschleunigen sei – was in Wahrheit ein Trugschluß ist –, dann wäre dieser vermeintliche Gewinn durch die Zerstörung der freien Gesellschaft zu teuer bezahlt. Der Irrglaube an die Rechenhaftigkeit und Machbarkeit des gesellschaftlichen Geschehens und die Überschaubarkeit menschlicher Reaktionen hat viel zur Fehlausrichtung der Konjunkturpolitik beigetragen. Viele Staaten wollten, selbstverständlich ohne Übernahme eines Obligos, durch Zielprojektionen oder sog. Orientierungshilfen die Wirtschaft in eine von ihnen vorgestellte Richtung drängen. Wenn aber dieses „Planen" am wirklichen Leben vorbeigeht, hat sich nicht etwa der Staat geirrt – nein, der Bürger hat versagt. Er ist schuld, wenn der Staat, um seine eigenen Fehler zu überdenken, zu Zwangsmaßnahmen greift, wie sie in Mietstopp oder Mietkontrolle, in Preis- oder Lohnstopp ihren Ausdruck finden.

Die Endstation auf diesem Wege der Unordnung muß der Verlust demokratischer Freiheit sein. Wenn als Folgewirkung der Inflation in einem Land vielleicht gar nicht so sehr Steuer-, als Kapitalflucht um sich greift, und vielleicht gar noch die Rückkehr zur Devisenzwangswirtschaft „Ordnung" und Rettung bringen soll, dann wird in kürzester Zeit all das verspielt sein, was nach dem Zusammenbruch Hoffnung bedeutete und wirklich Rettung war. Die Demontage der Weltwirtschaft und der Rückfall in nationalen Protektionismus lassen die Weltwirtschaft nicht gesunden, sondern geben sie der Auflösung anheim.

Mangel an politischer Stetigkeit

Das gesellschaftliche Spannungsverhältnis findet heute weniger in dem Dualismus „Sozialismus-Kapitalismus" als, wie ich oben zu zeigen versucht habe, in der Entscheidung für Kollektivismus oder Freiheit zeitnahen Ausdruck. Dabei soll durchaus berücksichtigt werden, daß die rasch voranschreitende Technik und auch die Anwendung neuer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse in Verbindung mit steigendem Wohlstand sowohl die Lebensformen als auch die Lebensmöglichkeiten wesentlich verändert haben. Das, was wir heute in der Bundesrepublik Deutschland unter „Gemeinschaftsaufgaben" verstehen, entspringt und entspricht nicht einer kollektivistischen Geisteshaltung, sondern dient umgekehrt dem Nutzen des Individuums in allen Bereichen. Ich füge beispielhaft an: Erziehung, Wissenschaft und Bildung, öffentliches Gesundheitswesen, Straßenbau und Verkehr – Aufgaben also, die der einzelne aus eigener Kraft nicht mehr glücklich zu bewältigen oder zu ordnen vermag. Soweit daraus zwangsläufig die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung des Staates am Sozialprodukt bzw. Volkseinkommen resultiert, sollte die Gesellschaft das zu akzeptieren bereit sein.

Wir haben den Goldenen Schnitt zu finden, der die gemäßen Relationen zwischen der Zuständigkeit und Tätigkeit des Staates und der der Privaten bestimmt. Wer soll in Zukunft für die Wirtschaftspolitik verantwortlich sein oder spezieller gefragt: Wo liegen für eine Regierung die Grenzen, die dem Geiste einer Marktwirtschaft noch gerecht werden. Ist es so oder wird es dahin kommen, daß nicht mehr die freien Entscheidungen der Staatsbürger – gleich ob Produzent oder Konsument, ob Unternehmer oder Arbeitnehmer – in ihren eigenen Seinsbereichen die wirtschaftliche Entwicklung gestalten, dann bleibt nur die Alternative, daß der Staat das Leben der Bürger seinem Reglement unterwirft. Das ist dann eine neue Art von Plan- oder Befehlswirtschaft, wenn die Menschen unter den äußeren Zeichen einer Marktwirtschaft noch einmal ihre Freiheit verlieren.

Es muß daher immer wieder betont werden, daß es die eigentliche und vornehmste Aufgabe des Staates ist, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, innerhalb dessen sich der Staatsbürger frei bewegen dürfen soll. Und das wieder erfordert die Handhabung einer Wirtschaftspolitik, in der die wirtschaftenden Menschen aller sozialen Schichten dessen gewiß sein dürfen, nicht ständig unvorhersehbaren politischen Entscheidungen ausgesetzt zu sein. Es geht hier darum, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen unserer Lebensordnung nicht einem täglich auswechselbaren Instrumentarium der Politik zu überantworten.

TRANSPORT-GESELLSCHAFT m.b.H. (vormals **J. HEVECKE**) **TRG** HEVECKE
2 HAMBURG 11 · Zippelhaus 4
Ruf: 3 01 81 · Fernschreiber: 02-161 418 · Telegramm-Adresse: Transpag
BREMEN · LÜBECK · ANTWERPEN · AMSTERDAM · ROTTERDAM · HAMM I. WESTF. · STUTTGART

Soziale Marktwirtschaft in Gefahr

Fünf Thesen von Hans Otto Lenel, Hamburg/Mainz *)

Noch nie war die soziale Marktwirtschaft voll befriedigend verwirklicht. Nach fünf Jahren Wirtschaftspolitik unter Karl Schiller stellt sich aber heute noch mehr als früher die Frage: Haben wir noch eine soziale Marktwirtschaft? Man kann diese Frage wohl keineswegs schlechthin verneinen. Doch enthält Schillers wirtschaftspolitische Konzeption Kennzeichen einer Abkehr vom ursprünglichen Leitbild, welche die Fortdauer der sozialen Marktwirtschaft gefährden könnten.

● Das erste Kennzeichen ist die unterschiedliche wirtschaftspolitische Behandlung der *mikro-* und makroökonomischen Entscheidungen. Dem Wettbewerb wird nur eine mikroökonomische Aufgabe zugewiesen. Da durch den Wettbewerb „gewisse gesamtwirtschaftliche Ziele (magisches Dreieck usw.)" nicht erreicht werden können, sollen mit Hilfe der Rahmenplanung die makroökonomischen Kreislaufgrößen planvoll beeinflußt werden (Karl Schiller).

In der Marktwirtschaft ergeben sich aber die Makrogrößen aus Mikroentscheidungen. Die bewußte Beeinflussung von Makrogrößen durch wirtschaftspolitische Instanzen über die Anwendung des marktkonformen konjunkturpolitischen Instrumentariums hinaus führt dazu, daß im Gegensatz zu dem Leitbild der Marktwirtschaft die Entscheidungsbefugnis der Wirtschaftssubjekte nur noch begrenzt akzeptiert wird.

● Zweites Kennzeichen ist eine grundsätzliche *andere* Wettbewerbskonzeption als die der Anhänger der sozialen Marktwirtschaft. Der Wettbewerb wird zum *Instrument* für die Verwirklichung von Zielen, die von den wirtschaftspolitischen Instanzen gesetzt worden sind. Effizienzgesichtspunkte treten in den Vordergrund. Die Rolle des Wettbewerbs als Mittel der Koordinierung grundsätzlich freier Planung einzelner Wirtschaftssubjekte tritt zurück.

● Das dritte Kennzeichen ist eine vor allem in der ersten Zeit der Anwendung der neuen Konzeption immer wieder hervortretende positive Einstellung gegenüber der *Konzentration.* Die Marktwirtschaft wird aber als Verfahren zur Koordinierung voneinander unabhängig Entscheidender desto weniger brauchbar und desto weniger glaubwürdig, je mehr die Zahl selbständig planender Wirtschaftssubjekte abnimmt. Der Konzentrationsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland ist durch die neue wirtschaftspolitische Konzeption gewiß nicht eingeleitet worden. Aber man hat ihn gefördert, statt ihn zu hemmen.

● Das vierte Kennzeichen ist die Einführung der *konzertierten Aktion.* Dieses Verfahren hat man bisher vor allem für die sogenannte Einkommenspolitik, aber auch bei der Strukturpolitik verwandt. Einkommenspolitisch wird mit ihr versucht, der Konjunkturlage adäquate und möglichst gerechte Lohnveränderungen zu erreichen. Erreichbar ist beides freilich nur dann, wenn man zu den notwendigen Prognosen im Stande wäre und überdies außer den Löhnen auch die Gewinne in den Griff bekäme. Das Letztere aber würde Preiskontrolle und damit weitgehende Abkehr von der Marktwirtschaft zur Voraussetzung haben. Die konzertierte Aktion kann überdies zu Informationsvorteilen und Einflußmöglichkeiten für Inhaber wirtschaftlicher Macht führen, die mit dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft nicht verträglich sind. Die konzertierte Aktion im Zusammenhang mit dem Kohleanpassungsgesetz ist ein Beispiel dafür.

● Als fünftes wesentliches Kennzeichen ist das Vertrauen in die *„Machbarkeit"* des Wirtschaftsablaufes zu nennen. Es findet u. a. seinen Niederschlag in der Parole „Wachstum nach Maß".

Schon die Vorausbestimmung der *globalen* Wachstumsraten, erst recht aber die nötige Spezifikation der Verteilung auf die Produktionsrichtungen gehören nicht zum marktwirtschaftlichen Konzept, sondern zum Ideengut des Dirigismus. Zwar soll man Prognosen machen, aber mit der nötigen Bescheidenheit und Vorsicht und ohne den Willen, sie auch außerhalb des Rahmens der üblichen Konjunkturpolitik gegen die Marktkräfte durchzusetzen.

*) Zusammengestellt aus Hans Otto Lenel: Haben wir noch eine soziale Marktwirtschaft? In: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. XXII, Düsseldorf und München 1971, S. 29 ff.

Auf dem Wege zu einer Sozialen Marktwirtschaft!

Karl Schiller, Bonn

Wie Bundeskanzler Brandt am 2. Februar dieses Jahres vor dem Deutschen Bundestag erklärte, wird die „Verpflichtung auf die Marktwirtschaft von der ganzen Bundesregierung als Richtschnur ihres Handelns angesehen". Allerdings ist die marktwirtschaftliche Ordnung scharf zu trennen von einer frühkapitalistischen Laissez - faire - Politik. Die Unternehmer, wie jede andere soziale Gruppe, können grundsätzlich nur so weit frei disponieren, wie ihre Dispositionen nicht zur Beeinträchtigung der Freiheit der übrigen Gruppen unserer Gesellschaft führen.

Schutz vor Marktmacht ist kein Dirigismus

Die Gefahr einer Beeinträchtigung marktwirtschaftlicher Freiheiten ist insbesondere aus zwei Gründen gegeben:

☐ wegen der wachsenden Unternehmenskonzentration (1969 wurden 168 Fusionen nach § 23 GWB angemeldet, 1970 waren es bereits 305 Zusammenschlüsse; im vorigen Jahr waren in 20 Fällen zwei Umsatzmilliardäre an der Fusion beteiligt. Heute schon entfällt die Hälfte des Industrieumsatzes auf weniger als 100 Unternehmen) und

☐ wegen der Hemmnisse für die wirtschaftliche Entfaltung kleiner und mittlerer Unternehmen (in diesem Zusammenhang ist auch der Schutz vor Mißbrauch von Marktmacht von Bedeutung. Der Begriff der Marktbeherrschung hat sich als zu eng erwiesen, so daß die vom Gesetzgeber gewollte Mißbrauchsaufsicht nur bedingt wirksam war).

Praktikable Bestimmungen zum Schutz vor Marktmacht und gegen eine Machtkonzentration durch Fusionen sind kein Dirigismus. Sie sind notwendig, um den individuellen Freiheitsraum zu erhalten und den Wettbewerb zu intensivieren. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung spricht sich in seinem jüngsten Jahresgutachten für eine Fusionskontrolle und eine Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen aus. Er bezeichnet die geplante Einführung der Fusionskontrolle als „Markstein in der Geschichte der Wettbewerbspolitik".

Stärkung der Marktwirtschaft durch Globalsteuerung

Ähnliches gilt auch für die Globalsteuerung. In seinem Gutachten vom 3. Juni 1956 zum Thema „Instrumente der Konjunkturpolitik und ihre rechtliche Institutionalisierung" führte der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium aus: „Eine am Wettbewerbsgedanken orientierte marktwirtschaftliche Ordnung, die ein stetiges Wachstum unter annähernder Erfüllung der oben genannten drei Bedingungen automatisch herbeiführt, ist nicht denkbar, da der Preismechanismus weder Vollbeschäftigung garantiert noch beim Fehlen von Vollbeschäftigung seine Lenkungsfunktionen befriedigend erfüllen kann und weil darüber hinaus weder die Kreditversorgung noch die Finanzwirtschaft durch ihn gesteuert werden können. Daher gehört zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung, damit sie reibungslos funktionieren kann, eine bewußte Konjunkturpolitik, die die oben genannten drei Ziele umfassen soll."

Diese Erkenntnis hat im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft aus dem Jahre 1967 ihren Niederschlag gefunden. Durch die Kombination von marktwirtschaftlicher Steuerung der Mikrorelationen mit globaler Steuerung der Makrorelationen wird die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft gestärkt und ihre Aushöhlung durch sonst unausbleibliche Einzelinterventionen verhindert.

Gegenstand der Kritik an der Globalsteuerung ist insbesondere die Konzertierte Aktion. Sie leiste einer Einschränkung der Tarifautonomie Vorschub, sagen die einen; sie führe zur Begünstigung der Beteiligten an dieser Einrichtung auf Kosten der Allgemeinheit, sagen die anderen. Beide Vorwürfe heben sich wechselseitig auf; sie treffen auch nicht zu. Die Gespräche im Rahmen der Konzertierten Aktion, die gewiß deutlich geführt werden, stellen gemäß § 3 des Stabilitätsgesetzes eine Verpflichtung der Bundesregierung dar, bestimmte Orientierungsdaten zu erläutern. Die autonomen Gruppen können nicht gezwungen werden, an diesen Gesprächen teilzunehmen, und es bleibt ihnen überlassen, welche Schlußfolgerungen sie aus den Darlegungen der Vertreter der Bundesregierung ziehen. Die Konzertierte Aktion soll die sozialen Konflikte nicht umgehen, sondern versachlichen. Die Konfliktfelder sollen eingegrenzt und überschaubar gemacht werden.

Marktwirtschaft und privates Eigentum gehören zusammen

Auch der Vorwurf der Eigentumsfeindlichkeit der neuen Wirtschaftspolitik verfängt nicht. Im Jahreswirtschaftsbericht 1971 heißt es: „Marktwirtschaft und privates Eigentum gehören in unserer Wirtschaftsordnung untrennbar zusammen." Die Förderung leistungsfähiger kleiner und mittlerer Unternehmen, die Förderung des Individualeigentums breiter Schichten, die Konzeption des Städtebauförderungsgesetzes – ebenso wie die übrigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung – zeigen, daß diese Aussage k e i n Lippenbekenntnis ist. Zum Schutze der marktwirtschaftlichen Ordnung und zur Erhaltung des individuellen Freiheitsraums muß der Staatskapitalismus genauso bekämpft werden, wie die Konzentration privater Macht. Wer den Machtmißbrauch – auch den Mißbrauch von aus Eigentum resultierender Macht – zuläßt, verstößt gegen ein Grundprinzip der marktwirtschaftlichen Ordnung und handelt eigentumsfeindlich.

John Kenneth Galbraith hat die Marktwirtschaft ein antiquiertes, fortschritthemmendes Ordnungssystem genannt. Hermann Kahn und Jean Jaques Servan-Schreiber glauben, daß in der postindustriellen Gesellschaft die Privatunternehmen nicht mehr die Hauptquelle der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung sein werden.

Administrative Eingriffe ohne Erfolg

Zugegeben, gerade die Entwicklung der letzten Monate könnte Zweifel an der Zukunft marktwirtschaftlicher Prinzipien bei einigen unserer Partnerländer aufkommen lassen. Wie das IFO-Institut vor einiger Zeit bemerkte, haben sich in der neueren Wirtschaftsgeschichte Westeuropas noch nie administrative Eingriffe auf den Gebieten der Preis- und Lohnbildung so gehäuft wie in diesem Jahr. Diese Eingriffe zeigen aber auch, daß den Versuchen, den Marktmechanismus durch Interventionen und Dirigismen zu ersetzen, wenig nachhaltiger Erfolg beschieden ist. Sie sind in der Regel überdies nur befristete Übergangsmaßnahmen. Ich halte es für wahrscheinlich, daß sich nach dem Flirt einiger unserer Handelspartner mit dem Protektionismus sowie mit Preis- und Lohnkontrollen alsbald die Erkenntnis durchsetzen wird, daß es sich nicht lohnt, wesentliche Elemente der marktwirtschaftlichen Ordnung preiszugeben.

Auch Galbraith kann irren

Auch Galbraith, der im übrigen in der Neuauflage von „The New Industrial State" von seinen pessimistischen Thesen schon wieder abrückt, kann irren. Das zeigt unter anderem die Tatsache, daß die beweglichen kleinen und mittleren Unternehmen konjunkturell schwierigere Zeiten vielfach besser durchstehen als viele große Unternehmen. Das gilt auch und gerade für die „Conglomerates". In diesem Zusammenhang mag es von Interesse sein, daß die Prognos AG in einer von meinem Haus in Auftrag gegebenen Untersuchung der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen zu folgendem Ergebnis kommt: „Die oft gehörte Behauptung, die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen nehme im Vergleich zu den großen Unternehmen ständig ab, läßt sich in dieser Allgemeinheit nicht halten. Sie basiert oftmals auf einer irreführenden Interpretation der statistischen Unterlagen und übersieht, daß im Rahmen des allgemeinen Wachstumsprozesses auch die kleinen und mittleren Unternehmen mitwachsen, ohne daß sich damit die relative Unternehmensgrößenstruktur einer Volkswirtschaft verändert".

Viele der heute großen Unternehmen verdanken ihren Aufstieg der Vermarktung technischer Neuerungen und dem Erkennen und Ausfüllen von Marktlücken. Dieser Prozeß des Wachsens und Stagnierens, die „schöpferische Zerstörung" Schumpeters, dauert auch heute noch an. Die bisherigen grundlegenden Industrien und Unternehmen werden von schnell wachsenden jungen Unternehmen und Industrien aus ihren Führungspositionen verdrängt. Morgen wird es vielleicht die Umweltschutz-Industrie oder Industrien für den Freizeitbedarf sein, die eine wesentliche Grundlage des Wirtschaftswachstums bilden werden. Alles spricht jedenfalls dafür, daß der Prozeß der „von Innen heraus revolu-

tioniert, unaufhörlich die alten Strukturen zerstört und unaufhörlich neue schafft", für absehbare Zeit andauern wird.

Vermeidbare Folgen des Systems

Auch die Verbesserung und Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt stellen mit fortschreitender Wohlstandsentwicklung besondere Anforderungen an unsere marktwirtschaftliche Ordnung. Niemand bestreitet, daß der Zustand unserer Ballungszentren teilweise desolat ist. Sterbende Innenstädte, verstopfte Ausfallstraßen und Zersiedlung des städtischen Umlandes sind aber keine unvermeidbaren Folgen der marktwirtschaftlichen Ordnung, genauso wenig wie verschmutzte Flüsse, Smog und überbordende Müllkippen. In vielen Fällen fehlt es lediglich an entsprechenden Vorschriften, die – wie es etwa das Städtebauförderungsgesetz zeigt – mit der marktwirtschaftlichen Ordnung durchaus vereinbar sind. Wenn die Schwierigkeiten in Bereichen wie Umweltschutz, Straßenverkehr, Städtebau und Raumordnung in westlichen Ländern zuweilen besonders plakativ erscheinen, dann deshalb, weil es sich hier um typische Probleme der urbanen Wohlstandsgesellschaft, der „affluent society", handelt und der materielle Wohlstand in den marktwirtschaftlich orientierten Ländern nun einmal höher ist als in Staaten, in denen der Marktmechanismus außer Kraft gesetzt worden ist. Vieles spricht dafür, daß sich Regelungen wie das Verursacherprinzip im Umweltschutz gegenüber Privatunternehmen qua Marktmechanismus leichter durchsetzen lassen als in einer Planwirtschaft gegenüber staatlichen Konzernen.

Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft" stammt von Müller-Armack. Wenn, wie Müller-Armack es ausdrückt, das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft darin besteht, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich zu verbinden", dann sind wir diesem Ziel heute näher als zu Zeiten Ludwig Erhards, dessen großes Verdienst um die marktwirtschaftliche Ordnung durch diese Feststellung nicht geschmälert werden soll. Die Bundesrepublik weist – neben der Schweiz – die niedrigste Arbeitslosenquote von allen Industriestaaten der westlichen Welt auf. Über 40 % der Haushalte in der Bundesrepublik besitzen ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung. Während in allen Einkommensschichten das Grundvermögen im Durchschnitt etwa einem Netto-Jahreseinkommen der Haushalte entspricht, kommt das Geldvermögen im Durchschnitt etwa einem halben Jahreseinkommen gleich. Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik ist sicher nicht zufriedenstellend. Eine ausgewogenere Vermögensbildung zu erreichen, bleibt eine unserer dringendsten gesellschaftspolitischen Aufgaben. Aber es gibt erfolgversprechende Wege, sie zu lösen.

Die bestehende wirtschaftliche Ordnung unseres Staates weist vielfältige Mängel auf und bedarf der ständigen Weiterentwicklung und Reform. Wir sollten daher Marktwirtschaft nicht als einen dogmatisch verhärteten Begriff, sondern als offenes, einer solchen Weiterentwicklung zugängliches System begreifen. Sieht man individuelle Freiheit und hohen Lebensstandard als wesentliche Ziele unserer Wirtschaftspolitik an, dann gibt es jedoch im Prinzip keine erkennbare bessere Alternative zu der bei uns entwickelten Wirtschaftsordnung.

Langer Weg zur sozialen Symmetrie

Im Vordergrund der Wirtschaftspolitik der „Ära Erhard" stand der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Integration unserer Volkswirtschaft in den Prozeß der weltweiten Arbeitsteilung. Einen großen Kuchen zu backen, erschien zunächst wichtiger, als einen kleinen Kuchen gerecht zu verteilen.

Diese Phase des Aufbaus liegt hinter uns. In der weiteren Entwicklung kommt sozialer Gerechtigkeit und inneren Reformen steigende Bedeutung zu. Auf dem beschwerlichen und langen Wege zu sozialer Symmetrie und zu einer zufriedenstellenden Infrastruktur sind wir seit dem 1. Dezember 1966 ein gutes Stück vorangekommen – wohl wissend, daß noch eine lange Strecke vor uns liegt. Die eingangs gestellte Frage „Haben wir noch eine soziale Marktwirtschaft?" sollte daher nach meinem Empfinden besser lauten: Haben wir s c h o n eine soziale Marktwirtschaft?

VEREINSBANK IN HAMBURG
Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 36 10 61
ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Dirigistische Eingriffe können unvermeidbar werden

Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg

Haben wir noch eine Soziale Marktwirtschaft? Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, was man unter „Sozialer Marktwirtschaft" verstehen will. Versteht man darunter das strenge neoliberale Konzept einer staatlich veranstalteten Marktwirtschaft, das die Fehler des klassischen Liberalismus tatsächlich vermeidet, so haben wir eine solche „Soziale Marktwirtschaft" nie gehabt.

In seiner Auseinandersetzung mit dem ökonomischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts beschreibt Wilhelm Röpke, einer der Apologeten des Neoliberalismus, schon 1942 in seinem Buch „Die Gesellschaftskrise der Gegenwart", wie eine richtig verstandene Marktwirtschaft nicht sein darf, folgendermaßen: „Der Ruhm des ökonomischen Liberalismus wäre ... unbefleckt, wenn er nicht ... die notwendigen soziologischen Grenzen und Bedingungen, die der Marktwirtschaft gesetzt sind, mehr und mehr aus den Augen verloren hätte. Man war ernstlich der Meinung, daß die durch die Konkurrenz gesteuerte Marktwirtschaft ein in sich selbst ruhender Kosmos, ein ‚ordre naturel' darstelle, der nur von allen Eingriffen befreit zu werden braucht, um auf eigenen Füßen zu stehen ... Man schrieb der Marktwirtschaft also eine soziologische Autonomie zu und mißachtete die außerwirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen, die erfüllt sein müssen, wenn sie funktionieren soll ... Man wollte nicht sehen, daß die Marktwirtschaft eines festen moralisch-politisch-institutioneilen Rahmens (eines Minimums an geschäftlicher Ehrenhaftigkeit, eines starken Staates, einer vernünftigen ‚Marktpolizei', eines wohldurchdachten und der Wirtschaftsverfassung angemessenen Rechtes) bedarf, wenn sie nicht zugrunde gehen und zugleich die Gesellschaft als Ganzes durch ungezügelte Interessentenwirtschaft zerstören soll. Daß die Konkurrenz gar eine moralisch-soziologisch nicht ungefährliche Anordnung darstellt, die daher in Schranken gehalten und überwacht werden muß, wenn sie den sozialen Körper nicht vergiften soll, blieb jenem historischen Liberalismus (vor allem des 19. Jahrhunderts) verborgen. Man war im Gegenteil der Meinung, daß die auf Konkurrenz und Arbeitsteilung beruhende Marktwirtschaft eine ausgezeichnete moralische Erziehungsanstalt sei und durch den Appell an den Egoismus die Menschen zu Frieden, Anstand und allen bürgerlichen Tugenden anhalte. Während wir heute wissen (was man immer hätte wissen können), daß die Konkurrenzwirtschaft ein Moralzehrer ist und daher Moralreserven außerhalb der Marktwirtschaft voraussetzt, war man verblendet genug, sie für einen Moralanreicherer zu halten ... Damit gelangte man zu jenem bedenklichen Individualismus, der sich schließlich als gesellschaftszerstörend erwiesen hat und einen an sich richtigen Gedanken so sehr diskreditierte, daß dem Aufkommen des noch weit gefährlicheren Kollektivismus Vorschub geleistet wurde."

Genau diese Fehler, die Röpke einem falschen marktwirtschaftlichen Konzept vorwirft, hat unsere Wirtschaftsordnungspolitik der fünfziger Jahre gemacht. Wenn man also die Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft" nicht auf das neoliberale Konzept, sondern auf die tatsächliche Wirtschaftsordnung jener Zeit anwendet, so kann nur konstatiert werden, daß sie aufgrund Ihrer eigenen Fehler erreicht hat, den Staat und dadurch auch jenen sozialen Rahmen aufzulösen, mit dessen Hilfe eine Marktwirtschaft allein mit einer stabilen Gesellschaft vereinbar ist. Eine solche Entwicklung läßt sich, wenn einmal die rechte Stunde versäumt ist, nicht mehr rückgängig machen, indem man zum eigentlichen Konzept einfach zurückzukehren versucht. Denn das Konzept ist dann bis auf weiteres kompromittiert – sofern es überhaupt richtig war.

Marktwirtschaft läßt sich nicht mit Gefälligkeitsdemokratie verbinden, wenn eine stabile Gesellschaft dabei herauskommen soll. Auch eine globale Steuerung der Wirtschaft kann in dem Augenblick ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen, wo der Egoismus auseinanderstrebender Gruppen eine konzertierte Aktion unmöglich macht, wie die derzeitige Situation es erkennen läßt.

Die Abwendung der immer weitergehenden Auflösung in allen gesellschaftlichen Bereichen wird nur möglich sein, wenn die staatlichen Instanzen wieder bereit sind, ihre Führungs- und Entscheidungsaufgabe zu übernehmen. Es kann aber sehr wohl sein, daß wegen des falschen, zumindest aber torsohaften Konzepts unserer Sozialen Marktwirtschaft der fünfziger Jahre auch dirigistische Eingriffe eines Tages unvermeidbar werden.